

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsvor-
zeichnis unter Code-Zeitung einge-
tragen. Für unrichtig eingege-
bene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Hochdruck nur mit der
Quellenangabe „Zeitung“ ge-
staltet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
u. 1418, der Zeigungs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4000.

Anzeige
werden 3. Spalte, 34 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
nahmestellen u. allen Postverwen-
dungen angenommen. Reklamen
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf
Anzeigen-Rahmenzeile vom
11 Uhr, für die Sonntag-Dr. abdr.
6 Uhr. Adressierungen, soweit zur
Erfüllung, müssen fortwährend erfolgen.
Erstausgabe: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Buchhandlung: Halle,
Neue Promenade 19, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Buchhandl.:
Markt 24 und Große Kirchstr. 52.

Nr. 376.

Halle, Mittwoch, den 13. August.

1919.

Die Krisis in Oberschlesien.

Der Stillstand der ober-schlesischen Kohlenförderung.

Schwere Ausschreitungen in Beuthen.
Breslau, 13. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung aus Beuthen gibt es nur wenige Gruben im dortigen Kohlengebiet, die noch fördern. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist in sämtlichen Dörfern mit Grubenbetrieblern Militär zusammengezogen, das auch den Arbeitswilligen die herangezogenen, das auch den Arbeitswilligen zu lassen, Schutz gewährt. Gestern ist es in Beuthen auf dem Wagnersmarkt zu schweren Ausschreitungen gekommen. Mehr als 5000 Arbeiter bevölkerten von frühem Morgen an den Platz. Nachdem es im Laufe des Vormittags schon vereinzelt zu kleineren Meutereien mit den Sicherheitsmannschaften gekommen war, wurde gegen 11 Uhr mit dem Umwerfen von Verkaufsständen begonnen, was das Zeichen zu Beginn des Aufruhrs gab. Ein Verkaufsstand nach dem anderen wurde umgeworfen, und was von den umhergestreuten Waren nicht gestohlen wurde, wurde zerkleinert. Die Hausbesitzer wurden verprügelt. Die Polizeimannschaften waren der Welle nicht gewachsen und mußten die bereits festgenommenen Häuptbessler wieder freilassen. Erst einer Abteilung Soldaten, die mit Maschinengewehren zu Hilfe gekommen war, gelang es, den Marktplatz von der aufrührerischen Meute zu säubern.

Zur katastrophalen Lage auf dem Kohlenmarkt.

Aus Weimar wird dem „L. T.“ geschrieben: In der Kohlenfrage stehen die Dinge augenblicklich so schlecht, daß selbst wenn es zu keinem weiteren Streik in nächster Zeit kommt, die Förderung eine ausserordentlich geringe sein dürfte. Die Bevölkerung mit Hausbrandkohle konnte der Industrie als vollständig ungenügend angesehen werden. Hier genügen keine Vorbereitungen der Kohlenindustrie. Für eine wesentliche Erhöhung der Produktion selbst kann es helfen. Da eine Erweiterung der Arbeitszeit der Schichten nicht in Frage kommen kann, muß die Zahl der Arbeiter selbst, soweit es irgend möglich ist, erhöht werden. Als Maßregel für die Vermehrung der Zahl der Arbeiter ist vorgeschlagen, besondere Arbeitsnachweise für die Bergarbeiter einzuführen. Die besonderen Aufgaben der Bergarbeiterorganisationen bestehen darin, tüchtige Arbeitskräfte aus untergeordneten Stellen in gehobene zu versetzen.

Zur gleichen Sache ist noch folgende Meldung der „L. N.“ aus Berlin von besonderem Interesse: Eisenbahndirektor Oster sprach am Montag abend vor den Mitgliedern der Handelskammer über die Betriebslage der Staatseisenbahnen und den Herbstverkehr. Der Minister wies besonders auf die kritische Lage unserer Verkehrsmittele hin. Der Personalverkehr betrage nur noch 15 v. H. der Schnellverkehrsstärke 4 v. H. des Fernverkehrs. Die Hoffnung auf Besserung ist nicht vorhanden. Schuld an dem Verkehrslinien liegen die fortwährenden Streiks und die Kohlennot. Die Verhandlungen in Versailles bezüglich der Kohlenfrage seien noch nicht abgeschlossen, aber nach den vorliegenden Nachrichten des bevollmächtigten französischen Verhandlungsleiters sei eine Erleichterung des Friedensvertrages in dieser Beziehung nicht zu erwarten. Wenn sich die Lage nicht schnell ändert, müsse es im Winter zu einer Katastrophe kommen.

Bolschewisten-Ultimatum an England.

WTB. Amsterdam, 13. August. Laut „Algemeen Handelsblad“ melden die „Times“ aus Reval, daß die Bolschewisten der estländischen Regierung ein Ultimatum überreicht haben, in dem sie zur Wahrung des estländischen Seeres innerhalb 48 Stunden hinter die Grenzen Schland aufzufordern wird. Die Bolschewisten verweigern die Lizenzierung der estländischen Gewässer, wenn ihrer Forderung nachgegeben wird. Die estländische Regierung hat auf das Ultimatum geantwortet, daß sie selbst darüber entscheiden, welche Schritte ihren Gruppen gehen werden müssen. Die Bolschewisten übertritten hierauf den Befehl. Ein russisches Regiment, das von Sibirien her vorrückte, folgte dem Angriff der Bolschewisten ab. Die Bolschewisten haben zu gleicher Zeit einen Angriff gegen Pskow begonnen.

Die jüngste bolschewistische Niederlage.

WTB. London, 12. August. Reuter. Amlich. Die Gesamtzahl der bei der Stadt Kamischin von Denikin am 28. Juli gemachten Gefangenen beträgt 11 000. Erbeutet wurden 60 Geschütze, 150 Maschinengewehre und eine ungeheure Menge Material. Die 37. und 38. Bolschewisten-Division befinden sich in vollkommener Auflösung. Kavallerie Denikins hat die Verbindung mit dem linken Flügel der Uralarmee, 85 Meilen südlich Kamischin, hergestellt. Demgemäß besteht eine zusammen-

hängende Front gegen die Bolschewisten, die sich durch Ost- und Südrussland erstreckt, vom nördlichen Ural bis zur Nordostküste des Schwarzen Meeres, wo nur noch 50 Meilen Zwischenraum zwischen dem linken Flügel Denikins und dem rechten Flügel des rumänischen Heeres am Dniestr bestehen.

Neue Finanzverhandlungen in Versailles.

Berlin, 13. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Rotterdam wird gemeldet, daß im Dezember in Paris ein Zusammenkunft europäischer Bankiere stattfinden werde, die sich mit der Frage der Währungs- und Stabilisierung des deutschen Wechselverkehrs befassen soll. Dazu erfahren wir, daß sich der Hamburger Privatbankier Max Warburg, der der deutschen Friedensdelegation in einer hervorragenden Stellung angehört und der Urheber der Leiter von der Entente nicht akzeptierten deutschen Finanzgegenstände (Zahlung von 100 Milliarden Mark ohne Zinsen) war, sich auch noch erneut in Versailles aufhält und dort mit den französischen, englischen und amerikanischen Finanzmännern Verhandlungen führt. Zur Zeit der Friedensverhandlungen waren die herbeigeführten Gespräche auf Befehl der Ententeleiter auf das Äußerste beschränkt und das rein Geschäftliche beschränkt, und Warburg und seine Verhandlungspartner, die vor dem Krieg miteinander innig befreundet waren, durften privat und menschlich miteinander nicht sprechen. Dennoch haben die fremden Bankiers begriffen, daß die wirtschaftliche und Finanzlage Deutschlands ernstlich ist und daß Deutschland beim besten Willen aller seiner Bewohner und bei der äußersten Anspannung ihrer physischen und geistigen Kräfte niemals in die Lage kommen würde, mehr zu bezahlen, als Warburg durch die Friedensdelegation ihnen vorgeschlagen hat. Ueber den Erfolg der jetzigen Verhandlungen läßt sich noch kein klares Bild gewinnen.

Rotterdam, 13. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Wie „Morning Post“ meldet, haben englische Staatsbankiers insgesamt 5 1/2 Milliarden Schilling an Deutschland bei der Schatzungs-Kommission in London angedeutet.

Nordamerika und Japan.

WTB. Haag, 13. August. „Nieuwe Courant“ meldet, daß in den Vereinigten Staaten Wilsons Erklärung in der Schantungfrage als höfliche doch bestimmte Erklärung angesehen wird, daß die Vereinigten Staaten keinerlei Ansprüche China und Japan getrocknete Sonderabkommen anerkennen und darauf bestehen werden, daß Japan seinem Versprechen, Schantung zu räumen, strikte nachkomme.

Kreuzverhör Lanfings.

Frankfurt a. M., 13. August. (Eigene Drahtnachricht.) Staatssekretär Lanfing, der verantwortliche Vertreter Wilsons, ist am 6. August durch den Senat ausserhalb für auswärtige Angelegenheiten einem Kreuzverhör unterzogen worden mit Bezug auf den Friedensvertrag. Er hätte Senatoren im allgemeinen mit Redensarten abgesperrt, ganz im Einklang mit einer von Amerika ausgehenden telegraphischen Anforderung Wilsons an Clemenceau, dem französischen Senat nicht das schlagende Protokoll der Friedenskonferenz zu entfallen.

Für eine Änderung des Völkerbundesvertrages.

WTB. Amsterdam, 13. August. Das Reuterische Büro meldet aus Washington, daß der Führer der Mehrheit und Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Senator Lodge im Senat in einer langen Rede den Völkerbund ein abschließendes Experiment nannte und erklärte, der Völkerbundesvertrag müßte besonders, was die Artikel 10 bis 15 anbelangt, geändert werden, bevor er ratifiziert wird.

Nationale Arbeitskonferenz.

Amsterdam, 13. Aug. (Eigene Drahtnachricht.) Das Reuterische Büro meldet aus Washington, daß Wilson die im Friedensvertrag vorgesehene internationale Arbeitskonferenz zum Oktober nach Washington einberufen hat.

Neue ungarische Militärfeldkommandanten.

WTB. Budapest, 12. August. Des Amtsbülets veröffentlicht die Ernennung des Obermarschalls Nikolaus Forstny in Siofot zum Oberkommandanten der gesamten ungarischen Wehrmacht und die Ernennung des Generals Karl Soos zum Generalfeldmarschall.

Die Zubehörende Staatsanwaltschaft hat gegen Bela Kun und Genossen ein Strafverfahren wegen Verbrechen der Ausweisung zum Verbrechen des Mordes und der Geldfälschung, sowie anderer strafbarer Handlungen eingeleitet und einen Haftbefehl gegen sie erlassen.

Neue Diamantenfunde.

WTB. Amsterdam, 13. August. Wie das Reuterische Büro aus London meldet, teilt das Kolonialamt mit, daß in der Goldküste-Südliche Diamantenfunde gemacht worden sind.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Von

Reichsfinanzminister a. D. Gothein.

Zu dem Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die demokratischen Minister in das Koalitionskabinet traten, war die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft mit enthalten. Auch der Laublauf der Deutschen demokratischen Partei hatte sie vorgeschrieben. Letztere wird sich also gegen die Durchführung dieses Gedankens nicht ablehnend verhalten; nur wird sie sorgfältig zu prüfen haben, ob der vorgeschlagene Weg der Ueberführung sämtlicher Starkstromleitungen von über 50 000 Volt Spannung und der Großkraftwerke von über 5000 Kilowatt Leistung in den Reichsbetrieb der zweckmäßigste Weg dafür ist.

Die Einbringung des Gesetzesentwurfes an den Staatensanctus ist plötzlich ummittelbar nach dem Bedarf im Reichshaus- und Synodaministerium erfolgt, ohne daß die Regierungstellen es für nötig erachtet hätten, Sachverständige, geschweige die Interessenten darüber zu hören. Kein Wunder, daß sich diese Kreise darüber beunruhigt fühlen, daß insbesondere auch der Verein deutscher Ingenieure, der Verein deutscher Elektrotechniker und andere Fachvereine förmlich verlangen, vor der Verabschiedung des Gesetzes durch die Nationalversammlung ihre Auffassung darüber zu Gehör zu bringen. Der Ausschuß, an den die Vorlage verwiesen wird, kann sich einer derartigen Anforderung unmöglich entziehen.

Es ist ein bekanntes Geheimnis, daß die technischen Grundlagen, auf denen sich der Gehebtentwurf aufbaut und die auf Auflagen des Professor Klingenberg beruhen, in hohem Grade beschränkt sind. Der Reichsfinanzminister Dr. Mayer, der in seiner Rede die Klingenberg'schen Ideen wiederholt, meint, die in den bayerischen Alpen gewonnene elektrische Energie könne mit Starkstromleitungen nach Mittel- und Norddeutschland überführt werden, und damit die auf die Verbrennung von Braunkohle basierende Kraftzeugung in Mitteldeutschland ersetzen. Nun haben sich aber bei so großen Entfernungen derartige Unzulänglichkeiten der Kraftübertragung herausgestellt, daß diese Pläne vorläufig Zukunftsmusik sind. Zurzeit läßt sich noch keineswegs übersehen, ob es überhaupt einmal gelingen wird, sie in die Praxis zu überführen, ohne daß so ungeheure Stromverluste damit verbunden sind, daß der ganze Energietransport auf so große Entfernungen dadurch tatsächlich illusorisch wird.

Unter solchen Umständen erscheint es recht bedenklich, eine Milliarde Mark für ein derartiges Projekt herzugeben, zumal in einer Zeit, wo wir nicht wissen, wie die Reichsanleihen im Publikum unterzubringen sind, wo es sich vielmehr darum handelt, den kolossalen Bestand an Reichsanleihen und schwebenden Schuld zu vermindern.

Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die völlig freie Umwandlung der Elektrizitätswirtschaft in betriebsförmliche Wirtschaften gefährt hat. Es existieren eine Unzahl nicht lebensfähiger kleinerer Kraftwerke, die durch eine kleine Zahl großer Kraftstationen ersetzt werden können und werden müssen. Eine Vereinfachung und Konzentration der Elektrizitätswirtschaft liegt also im volkswirtschaftlichen wie im gemeinwirtschaftlichen Interesse. Aber der Weg, die Großkraftstationen aus den übrigen Unternehmungen herauszunehmen, und in Reichsbetrieb zu führen, ist mehr als bedenklich, denn damit wird auch völlig gefundenen Elektrizitätsunternehmungen das Nidarat gebrochen. Denn gerade bei weitmahligen Verteilungsnetzen läßt sich eine Rentabilität nur dann erzielen, wenn die Kraftstation im Besitz des Unternehmers verbleibt; ohne dieselben würden solche Unternehmungen verkümmern, würden schließlich ganze Gegenden ohne weitere Anstaltskosten hinfällig bleiben. Das ist eine schwere Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung solcher Gegenden.

Auch die heutige Elektrizitätswirtschaft ist ganz überwiegend sozialisiert, das heißt, die Elektrizitätswerke und die dazu gehörigen Verteilungsnetze befinden sich meist in der Hand von Einzelstaaten (Städten), von Provinzen (Schlesien), von zahlreichen Gemeinden oder Kreisen und von großen Gemeindefürsorge-Elektrizitätsgesellschaften, deren Aktien ganz vornehmlich in den Händen der beteiligten Gemeinden sind. Charakteristisch ist dafür das bergmäßig-mächtige Elektrizitätswerk, von dessen Aktien nur 13 1/2 Prozent in privater Hand sind. Tatsächlich spielen die rein privaten Gesellschaften in der Elektrizitätswirtschaft eine untergeordnete Rolle. Das aber gemeinwirtschaftliche Gesellschaften vortrefflicher für die Abnehmer wie auch rentabler arbeiten, ist bekannt, und es wäre zu befeuern, wenn die raue Hand des Staates bürokratisch in diese gesunde Elektrizitätswirtschaft eingreifen wollte.

Es fragt sich, ob man nicht das gesunde Prinzip des gemeinwirtschaftlichen Betriebes auch auf das Reich

